

Amtsblatt

Landkreis Göttingen
Reinhäuser Landstraße 4
37083 Göttingen
Telefon: 0551 525 9135

A. Veröffentlichungen des Landkreises

Satzung über die Förderung von Kindern in der Kindertagespflege sowie über die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Betreuung von Kindern in der Kindertagespflege mit Anlage Berechnungstabelle	184
--	-----

B. Veröffentlichungen der Gemeinden

Gemeinde Friedland

Satzung über die Verringerung der Zahl der zu wählenden Abgeordneten der Gemeinde Friedland für die Wahlperiode 01.11.2021 bis 31.10.2026	195
---	-----

Gemeinde Hattorf am Harz

Haushaltssatzung und Bekanntmachung der Haushaltssatzung der Gemeinde Hattorf am Harz für das Haushaltsjahr 2020	196
--	-----

Stadt Herzberg am Harz

Sitzung des Ortsrates Pöhle am 02.03.2020	198
---	-----

Stadt Osterode am Harz

Bekanntmachung über einen Sitzübergang im Rat der Stadt Osterode am Harz (CDU)	199
--	-----

Bekanntmachung über einen Sitzübergang im Rat der Stadt Osterode am Harz (SPD)	200
--	-----

Gemeinde Rosdorf

B-Plan Nr. 3 "Lange Straße", 11. Änderung	201
---	-----

IV. Nachtrag zur Satzung über Aufwandsentschädigungen, Sitzungsgelder und Ersatz von Auslagen sowie Verdienstausschluss für die Ratsfrauen und Ratsherren, Mitglieder der Ortsräte, Personen im Ehrenbeamtenverhältnis und sonst ehrenamtlich Tätige der Gemeinde Rosdorf	203
---	-----

Unterhaltungsverband Bode/Zorge
Verbandsschau

204

Satzung

des Landkreises Göttingen über die Förderung von Kindern in der Kindertagespflege sowie über die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Betreuung von Kindern in Kindertagespflege.

Aufgrund der §§ 10, 58 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) in der Fassung vom 17.12.2010 (Nds. GVBl. 2010,0576), zuletzt geändert durch Artikel 2 §§ 1 und 4 des Gesetzes vom 12.11.2015 (NDS GVBl. Nr. 19/2015, Seite 307 und 311), in Verbindung mit den §§ 22-24, 43 und 90 Sozialgesetzbuch VIII – Kinder- und Jugendhilfe – (SGB VIII) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.12.2006 (BGBl. 1. S. 3134), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 28.10.2015 (BGBl. 1. S. 1802), hat der Kreistag des Landkreises Göttingen in seiner Sitzung am 29.01.2020 folgende Satzung über die Förderung von Kindern in der Kindertagespflege sowie über die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Betreuung von Kindern in Kindertagespflege beschlossen:

§ 1 Allgemeines

- (1) Die Förderung von Kindertagespflege gem. § 23 SGB VIII ist eine Leistung der öffentlichen Jugendhilfe. Sie umfasst die Vermittlung des Kindes zu geeigneten Tagespflegepersonen, sofern diese nicht bereits von den Personensorgeberechtigten nachgewiesen wird, deren fachliche Beratung, Begleitung und weitere Qualifikation, die Gewährung einer laufenden Geldleistung an die Tagespflegeperson sowie die Erhebung eines Kostenbeitrages von den Personensorgeberechtigten.
- (2) Die Kindertagespflege hat gem. § 22 SGB VIII denselben Auftrag zu erfüllen wie die Kindertageseinrichtungen, und zwar die Förderung der Entwicklung des Kindes zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit, die Unterstützung und Ergänzung des elterlichen Erziehungsauftrages sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

§ 2 Formen, Umfang und Ausgestaltung der Kindertagespflege

- (1) Kindertagespflege ist in folgenden Formen möglich:
 - Betreuung im Haushalt der Tagespflegeperson
 - Betreuung im Haushalt der Personensorgeberechtigten
 - Betreuung in anderen geeigneten, nicht privat genutzten Räumen i.S.d. § 15 Nds. AG KJHG(s. Anlage 1)

Werden bei der Betreuung in anderen geeigneten Räumen mehr als acht Kinder von mehreren (nicht mehr als 3) Tagespflegepersonen in Zusammenarbeit betreut, liegt eine Großtagespflegestelle vor.

- (2) Der Umfang der täglichen Betreuungszeit richtet sich nach dem individuellen Bedarf des Kindes und dem seiner Personensorgeberechtigten. Die Förderung von

Randbetreuungszeiten kann in einem geringen Stundenumfang erfolgen, wenn diese in Verbindung mit den regulären Betreuungsstunden, z.B. in einer Kindertagesstätte steht.

- (3) Insgesamt soll die außerfamiliäre Fremdbetreuung mit Ausnahme der Betreuung über Nacht 9 Stunden täglich und 45 Stunden wöchentlich nicht überschreiten. Wird ein höherer Betreuungsumfang beantragt, ist im Einzelfall zu prüfen, inwieweit eine Förderung durch den Träger der öffentlichen Jugendhilfe erfolgen kann.
- (4) Die Eingewöhnung eines Kindes bei der Tagespflegeperson findet vor Beginn des eigentlichen Betreuungsverhältnisses statt. Für Kinder unter 6 Jahren wird eine Eingewöhnungsphase von 30 Stunden, für Kinder über 6 Jahren von 10 Stunden gewährt. Im Einzelfall können auf Antrag für unter einjährige Kinder die Eingewöhnungsstunden erhöht werden. Für die Eingewöhnungsphase werden keine Kostenbeiträge von den Personensorgeberechtigten erhoben.

§ 3 Anspruchsvoraussetzungen

- (1) Kinder ab Vollendung des 1. Lebensjahres haben gern. § 24 SGB VIII Anspruch auf Förderung in Kindertagespflege oder in Kindertageseinrichtungen.
- (2) Kindertagespflege ist gern. § 24 SGB VIII ein Angebot ausschließlich für Kinder, die das 14. Lebensjahr noch nicht beendet haben.
- (3) In der Kindertagespflege werden vorrangig Kinder unter drei Jahren gefördert. Ab Vollendung des dritten Lebensjahres sollen Kinder vorrangig in institutionellen Kindertageseinrichtungen oder schulischen Betreuungen gefördert werden. Steht ein bedarfsgerechtes Angebot nicht zur Verfügung, kann eine Förderung in Kindertagespflege erfolgen. Kinder im Alter von 3 bis 13 Jahren können bei besonderem Bedarf oder ergänzend in der Kindertagespflege gefördert werden.
- (4) Ein Kind, das das erste Lebensjahr noch nicht vollendet hat, ist in der Kindertagespflege zu fördern, wenn
- diese Leistung für seine Entwicklung zu einer möglichst eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit geboten ist oder
 - die Personensorgeberechtigten
 - a. einer Erwerbstätigkeit nachgehen, eine Erwerbstätigkeit aufnehmen oder arbeitssuchend sind
 - b. sich in einer beruflichen Bildungsmaßnahme, in der Schulausbildung oder im Studium befinden oder
 - c. Leistungen zur Eingliederung in Arbeit im Sinne des Sozialgesetzbuch II (SGB II) erhalten
 - die Erforderlichkeit der Kindertagespflege wird durch den Fachbereich Jugend des Landkreis Göttingen festgestellt.

§ 4 Erlaubnis zur Kindertagespflege

- (1) Eine Person, die ein Kind oder mehrere Kinder außerhalb des Haushaltes des Personensorgeberechtigten während eines Teils des Tages und mehr als 15 Stunden wöchentlich gegen Entgelt länger als drei Monate betreuen will, bedarf gern. § 43 Abs. 1 SGB VIII einer Pflegeerlaubnis.
- (2) Die Pflegeerlaubnis nach § 43 SGB VIII wird auf Antrag erteilt, sofern die Person geeignet ist und die sonstigen Voraussetzungen vorliegen, vgl. § 5 der Satzung.
- (3) Der Landkreis Göttingen behält sich vor, die Erteilung einer Pflegeerlaubnis mit Nebenbestimmungen/Auflagen zu versehen.
- (4) Die Pflegeerlaubnis ist auf 5 Jahre befristet. Sie wird auf Antrag neu erteilt.
- (5) Die Pflegeerlaubnis kann widerrufen werden, sofern
 - mit der Pflegeerlaubnis verbundene Auflagen nicht erfüllt werden
 - gravierende Änderungen der Rahmenbedingungen, die der Erlaubniserteilung zugrunde liegen, vorliegen
 - eine schwerwiegende Pflichtverletzung der Tagespflegeperson festgestellt wird oder
 - das Vertrauensverhältnis in sonstiger Weise beeinträchtigt ist

§ 5 Eignung und Qualifikation der Tagespflegeperson

- (1) Eine Tagespflegeperson soll gern. § 43 SGB VIII über vertiefte Kenntnisse hinsichtlich der Kindertagespflege verfügen, die sie in qualifizierten Lehrgängen erworben hat oder in anderer Weise nachgewiesen hat.
- (2) Geeignet als Tagespflegeperson ist, wer sich durch
 - persönliche Kompetenz
 - Sachkompetenz einschließlich Sprachkompetenz
 - Kooperationsbereitschaft mit Personensorgeberechtigten, Tagespflegepersonen, Fachdiensten sowie dem öffentlichen Träger der Jugendhilfe auszeichnet und
 - über kindgerechte Räumlichkeiten verfügt.
- (3) Die persönliche Eignung wird nachgewiesen durch:
 - die Vorlage eines erweiterten polizeilichen Führungszeugnisses nach § 30a Abs. 1 Nr. 2 BZRG ohne Eintrag, das nicht älter als sechs Monate sein darf. Wenn die Betreuung in den Privaträumen der Tagespflegeperson stattfindet, muss ein erweitertes polizeiliches Führungszeugnis nach § 30 a Abs. 1Nr. 2 BZRG ohne Eintrag aller volljährigen Personen im Haushalt vorgelegt werden. Sämtliche Führungszeugnisse sind alle 2,5 Jahre zu aktualisieren. Die Kosten trägt der Landkreis Göttingen auf Nachweis.

- die gesundheitliche Eignung, nachgewiesen durch die Vorlage eines ärztlichen Attestes, das alle 2,5 Jahre aktualisiert werden muss
- der Nachweis über die Auffrischung der Infektionsschutzbelehrung alle 2 Jahre
- ein Zeugnis über mindestens den Hauptschulabschluss bzw. den Nachweis einer abgeschlossenen Berufsausbildung
- ein Lebenslauf mit Foto und ggfs. schriftlicher Lebensbericht
- ein durch den Fachbereich Jugend durchgeführtes Eignungsfeststellungsverfahren
- ggfs. ein Nachweis über ausreichende Deutschkenntnisse, der mindestens dem Niveau B2 entsprechen muss

(4) Die Sachkompetenz wird folgendermaßen nachgewiesen:

- Durch die Vorlage eines erfolgreichen Abschlusses eines anerkannten Qualifizierungskurses gem. dem DJI-Curriculum mit mindestens 160 Unterrichtsstunden.
- Pädagogische Fachkräfte (Erzieherinnen, Sozialpädagogen, Heilpädagogen) sollen 80 Unterrichtsstunden des DJI-Curriculums absolvieren, können aber bereits mit Beginn des Qualifizierungskurses in der Kindertagesbetreuung tätig werden.
- Den Nachweis über die Teilnahme an einem Kurs „Erste Hilfe am Kind“, der nicht älter als ein Jahr ist. Dieser Kurs muss alle zwei Jahre aktualisiert werden und wird in der Regel über den Fachbereich Jugend organisiert.

(5) Zur Betreuung von Kindern in eigenen Räumen der Tagespflegeperson oder in anderen Räumen im Sinne des § 15 Abs. 2 Nds. AG SGB VIII müssen diese geeignet und kindgerecht ausgestaltet sein, vgl. insofern Anlage 1 zu dieser Satzung.

(6) Die Räumlichkeitsüberprüfung wird vom Fachbereich Jugend im Landkreis Göttingen vorgenommen und in einem Abnahmeprotokoll dokumentiert.

(7) Die Kosten für die Überprüfung durch das Veterinäramt und zur Belehrung gem. § 43 Abs. 1 Infektionsschutzgesetz (IfSG) werden auf Nachweis vom Fachbereich Jugend erstattet.

(8) Die Tagespflegepersonen müssen mit dem Fachbereich Jugend als zuständiger Behörde, der pädagogischen Fachberatung, den Personensorgeberechtigten, anderen Tagespflegepersonen, den Kindertagesstätten und Erzieherinnen sowie anderen Fachkräften kooperieren.

(9) Die Tagespflegepersonen müssen an mindestens vier fachlichen Begleitungen im Jahr teilnehmen. Pro Treffen wird eine Aufwandsentschädigung von 10,00 € erstattet.

(10) Nach der derzeit gültigen Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des Betreuungsangebotes in der Kindertagespflege (RKTP) sind 24 Unterrichtseinheiten für Fortbildungen im Kindergartenjahr zu absolvieren. Hat die Tagespflegeperson die 24 Fortbildungsstunden erfüllt, erhält sie drei zusätzliche Ausfalltage. Der Fachbereich Jugend bietet ein umfassendes Fortbildungsprogramm kostenlos an. Sollten auf vorherigen Antrag

beim Fachbereich Jugend andere pädagogische Fortbildungen belegt werden, können die Kosten für die Fortbildung auf Nachweis bis zu 30,- € erstattet werden.

- (11) Die Tagespflegeperson muss den Fachbereich Jugend gem. § 43 Abs. 3 S. 6 SGB VIII über alle wichtigen Ereignisse informieren, die für die Betreuung ihrer Tagespflegekinder bedeutsam sind.
- (12) Die Tagespflegeperson muss die für die Eignungsfeststellung erforderlichen Nachweise dem öffentlichen Träger der Jugendhilfe vor Beginn der Tätigkeit vorzulegen. Die Eignungsprüfung ist mit Erteilung der Erlaubnis zur Kindertagespflege nicht abgeschlossen, sondern gilt als fortwährender Prozess im Rahmen der fachlichen Begleitung und Beratung sowie der Fortbildung während der Ausübung der Tagespflege Tätigkeit .

§6 Höhe der laufenden Geldleistung

- (1) Die laufende Geldleistung an die Tagespflegeperson umfasst nach § 23 Abs. 2 SGB VIII
- die Erstattung angemessener Kosten, die der Tagespflegeperson für den Sachaufwand entstehen
 - einen Beitrag zur Anerkennung ihrer Förderleistung, der den zeitlichen Umfang der Leistung, die Anzahl und den Förderbedarf der betreuten Kinder berücksichtigt
 - die Erstattung der nachgewiesenen Aufwendungen für die Beiträge zur Pflichtversicherungssumme der Unfallversicherung
 - die hälftige Erstattung nachgewiesener Aufwendungen zu einer angemessenen Alterssicherung und
 - die hälftige Erstattung nachgewiesener Aufwendungen zu einer angemessenen Kranken- und Pflegeversicherung
- (2) Die Höhe der Zuwendung wird in Anlehnung an die Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des Betreuungsangebotes in der Kindertagespflege (RdErl. d. MK v. 27.10.2016 - 21- 51385/3 - VORIS 21133 -) pro Kind und Betreuungsstunde wie folgt nach Qualifikation der Tagespflegeperson gestaffelt:

(3)

	160 Std. Qualifizierung (Stufe 1)	560 Std. Qualifizierung (Stufe 2)	Sonstige Fach- und Betreuungskräfte i. S. d. § 4 Abs. 3, Satz 2 KiTaG (Stufe 3)	Sozialpädagogische Fachkräfte i. S. d. § 4 Abs. 1 und 2 KiTaG (Stufe 4)
Sachaufwand (§ 23 Abs. 2 Nr. 1 SGB VIII)	2,00 €	2,00 €	2,00 €	2,00 €
Förderleistung bei Regelbedarf (§ 23 Abs. 2 Nr. 2 SGB VIII)	3,20 €	3,70 €	4,20 €	4,70 €
Insgesamt je Kind / Std.	5,20 €	5,70 €	6,20 €	6,70 €

- (4) Sofern die Betreuung des Tagespflegekindes von Montag bis Freitag in den morgendlichen Randzeiten von 05:00 Uhr bis 08:00 Uhr erfolgt, wird ein Aufschlag auf die Förderleistung der Stufe 1 von 100 % gewährt. In den Abendstunden wird von Montag bis Freitag von 19:00 Uhr bis 22:00 Uhr sowie bei Betreuungen an Wochenenden und Feiertagen ein Aufschlag von 50% auf die Förderleistung der Stufe 1 gewährt. Ist eine Betreuung über Nacht erforderlich, beträgt der Stundensatz in der Zeit von 22:00 Uhr bis 05:00 Uhr 25% der Förderleistung der Stufe 1. Die ermittelten Aufschläge auf die Förderleistung werden jeweils kaufmännisch gerundet auf volle 10-Centbeträge.
- (5) Zur Feststellung eines erhöhten Förderbedarfs ist eine sozialmedizinische und/oder amtsärztliche Stellungnahme erforderlich. Wird für ein Kind in der Kindertagespflege ein erhöhter Förderbedarf beantragt, so belegt es zwei Betreuungsplätze. Die Tagespflegeperson erhält für den Freihalteplatz eine monatliche Förderung analog des Betreuungsumfangs des Kindes mit erhöhtem Förderbedarf.
- (6) Die Zahlung erfolgt in der Regel in pauschalierter Form entsprechend des Bewilligungsbescheides und ergibt sich aus der monatlichen Betreuungszeit. In Einzelfällen kann eine Abrechnung der tatsächlich geleisteten Stunden vereinbart werden. Der Fachbereich Jugend behält sich vor, jederzeit zur Überprüfung der Belegungszeiten Nachweise von den Tagespflegepersonen in schriftlicher Form anzufordern.
- (7) Bei Abwesenheit des Tageskindes, die mehr als 4 zusammenhängende Betreuungswochen umfasst, wird die Zahlung unterbrochen, bis die Betreuung wieder aufgenommen wird. Hierbei ist unerheblich, ob die Abwesenheit durch Krankheit oder Urlaub des Kindes zustande kommt. Die Ausfallzeiten werden nur dann für bis zu 4 Wochen weitergezahlt, wenn der Platz nicht durch ein anderes Kind belegt wird.
- (8) Die Tagespflegeperson hat im Kalenderjahr Anspruch auf 20 Tage Ausfallzeit. In dieser Zeit wird die Förderung weitergezahlt. Wird während der Ausfallzeit eine Vertretung durch eine andere geeignete Tagespflegeperson geleistet, so erhält auch die Vertretung entsprechend ihrer Qualifikation die Geldleistung.
- (9) Die Zahlung von Fahrtkosten erfolgt auf Antrag für das Bringen und Abholen des Tagespflegekindes zu einer Einrichtung außerhalb geschlossener Ortschaften oder zu einem durch den Fachbereich Jugend festgelegten Sammelpunkt (gern. gültigem Bundesreisekostengesetz). Die Fahrten sind von der Tagespflegeperson selbst durchzuführen und nicht auf Dritte übertragbar.
- (10) Die gesamte Geldleistung wird vom öffentlichen Träger der Jugendhilfe an die Tagespflegeperson gezahlt, es sei denn, es liegt eine Abtretungserklärung vor.
- (11) Die monatlichen Abrechnungen über die stundengenaue Betreuung sowie die Mitteilung über Ausfallzeiten sind jeweils bis zum 10. des Folgemonats beim Fachbereich Jugend einzureichen.

- (12) Jährlich erfolgt jeweils mit Wirkung zum 01.08. des laufenden Jahres eine Anpassung entsprechend des Inflationsausgleichs, gerundet auf jeweils 0,10 € pro Betreuungsstunde der Förderleistung der 1. Stufe. Sofern sich hieraus Änderungen der Förderleistung ergeben, werden diese den Tagespflegepersonen spätestens bis zum 01.10. des laufenden Jahres schriftlich mitgeteilt.

§ 7 Antragsverfahren

- (1) Anträge auf Förderung in der Kindertagespflege sind von den Personensorgeberechtigten schriftlich zu stellen und müssen mit Beginn der Betreuung vorliegen. Eine Bewilligung erfolgt bei Vorliegen der Voraussetzungen. Es ergeht hierzu ein schriftlicher Bescheid an den Antragsteller. Die Tagespflegeperson erhält einen Bescheid über den Umfang der geförderten Betreuungszeiten und der Höhe der ihr zu gewährenden laufenden Geldleistung nach § 6 der Satzung. Die Bewilligung wird grundsätzlich für 12 Monate ausgesprochen bzw. richtet sich nach dem Bedarf im Einzelfall.
- (2) Ein Antrag auf Fortführung der Förderung ist vor Ende des Bewilligungszeitraums zu stellen.

§ 8 Kostenbeitrag

- (1) Die Personensorgeberechtigten, mit denen das Kind zusammenlebt, haben für die Inanspruchnahme von Angeboten der Förderung von Kindern in der Kindertagespflege einen öffentlich-rechtlichen Kostenbeitrag gern. § 90 Abs. 1 S. 3 SGB VIII in pauschalierter Form zu entrichten.
- (2) Die Höhe des Kostenbeitrags wird grundsätzlich anteilig der jeweils für das kommende Haushaltsjahr geplanten Gesamtaufwendungen des Landkreises Göttingen festgelegt. Im Jahr 2020 wird ein zu erwirtschaftender Anteil von 20 % der Gesamtaufwendungen und im Jahr 2021 von 21 % kalkuliert.
- (3) Die Höhe des Kostenbeitrags wird nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Personensorgeberechtigten in 7 Einkommensstufen gestaffelt, (siehe Anlage 2) der Satzung. Sie richtet sich nach dem Einkommen der Personensorgeberechtigten, der Anzahl der im Haushalt lebenden Personen und der durchschnittlichen täglichen Betreuungszeit. Die Personensorgeberechtigten nehmen eine Selbsteinschätzung ihres Einkommens vor, haben

allerdings dem öffentlichen Träger der Jugendhilfe auf Aufforderung alle zur Ermittlung des Einkommens erforderlichen Angaben schriftlich einzureichen und nachzuweisen.

- (4) Die Ermittlung des jeweils für eine Einkommensstufe zu entrichtenden Kostenbeitrags pro Betreuungsstunde wird auf Basis der in Absatz (2) dargestellten Gesamthöhe der zu erwirtschaftenden Kostenbeiträge jährlich neu berechnet. Für das Jahr 2019 sind die hieraus resultierenden Kostenbeiträge für die jeweiligen Einkommensstufen der Anlage 3 zu entnehmen. Ergeben sich in den Folgejahren aus der Neuberechnung Änderungen bei den zu leistenden Kostenbeiträgen, werden diese durch die Verwaltung des Landkreises Göttingen bis spätestens zum 01.07. des entsprechenden Jahres auf geeignete Weise der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.
- (5) Zum Einkommen im Sinne dieser Satzung zählen gem. § 82 Abs. 1 SGB XII alle Einkünfte in Geld oder Geldeswert mit Ausnahme der Leistungen nach dem SGB XII, der Grundrente nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG) und nach den Gesetzen, die eine entsprechende Anwendung des Bundesversorgungsgesetzes vorsehen und der Renten oder Beihilfen die nach dem Bundesentschädigungsgesetz (BEG) für Schaden an Körper oder Gesundheit gewährt werden, bis zur Höhe einer vergleichbaren Grundrente nach dem Bundesversorgungsgesetz. Bei der Berechnung der Einkünfte sind in der Regel alle Einnahmen ohne Rücksicht auf ihre Herkunft und Rechtsnatur sowie ohne Rücksicht darauf, ob sie zu den Einkommensarten im Sinne des EStG gehören und der Steuerpflicht unterliegen, zugrunde zu legen. Danach gehören zum Einkommen neben den in der VO zu § 82 gesondert aufgeführten Einkommensarten u. a. auch: Elterngeld, Renten aller Art, Kindergeld für das/die in Kindertagespflege betreute/n Kind/er, Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG), Berufsausbildungsbeihilfe (BAB), Krankengeld, Übergangsgeld, Unterhalt, Leistungen nach dem Unterhaltsvorschuss, sonstige Leistungen anderer Sozialleistungsträger, Lotteriegewinne, Prämien, Schenkung, Sparzulagen, ein vom Arbeitgeber gezahlter Essenzzuschlag, Zinsen aus Kapitalforderungen, Steuerrückerstattungen, etc.
- (6) Vom Einkommen können abgesetzt werden:
auf das Einkommen entrichtete Steuern sowie der Solidaritätszuschlag bei sozialversicherungspflichtigen Personen: Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung einschließlich der Beiträge zur Arbeitsförderung; bei nicht sozialversicherungspflichtigen Personen: Beiträge zur privaten Kranken- und Pflegeversicherung sowie Altersvorsorge, soweit diese in der Höhe angemessen sind, eine Werbungskostenpauschale in Höhe von 102,00 € (monatlich) pro Arbeitnehmer/-in, Unterhaltszahlungen an Personen außerhalb des Haushalts des Kostenbeitragsschuldners, sofern diese ihm gegenüber unterhaltsberechtigt im Sinne des Bürgerlichen Gesetzbuches sind und die Zahlungen nachweislich regelmäßig erfolgen.
- (7) Maßgeblich ist das Einkommen des Kalenderjahres, in dem die Tagespflege beginnt bzw. fortgesetzt wird.

- (8) Kostenbeitragsschuldner sind die Personensorgeberechtigten des Kindes, für welches Kindertagespflege geleistet wird. Sie haften als Gesamtschuldner. Lebt das Kind nur mit einem Personensorgeberechtigten zusammen, so haftet diese/r alleine.
- (9) Weisen die Personensorgeberechtigten ihre Einkommensverhältnisse nicht innerhalb der in der Aufforderung zur Abgabe der Einkommensunterlagen gesetzten Frist (mind. 4 Wochen) nach, ist der Kostenbeitrag in der höchsten Staffelstufe zu zahlen.
- (10) Der Kostenbeitrag ist neu zu berechnen und festzusetzen, wenn sich die Familieneinkünfte vermindern oder erhöhen oder sich die Zahl der im Haushalt lebenden Personen verändert.
- (11) Werden mehrere Kinder von Personensorgeberechtigten gleichzeitig in Kindertagespflege betreut, ermäßigt sich der zu zahlende Kostenbeitrag für das zweite Kind gemäß der Staffelung in Anlage 2 der Satzung um 50%. Für jedes weitere Kind in Kindertagespflege wird kein Kostenbeitrag erhoben. Gleiches gilt auch, wenn im Haushalt lebende Geschwisterkinder andere kostenpflichtige Kindertageseinrichtungen besuchen. Hierfür ist dem Fachbereich Jugend ein entsprechender Nachweis vorzulegen. Die Kosten für die Mittagsverpflegung in Kindertageseinrichtungen bleiben hierbei unberücksichtigt.
- (12) Sofern ein Kind ab Vollendung des 3. Lebensjahres bis zur Einschulung in Kindertagespflege betreut wird, weil der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz nicht erfüllt werden kann, erfolgt die Betreuung beitragsfrei, wenn die tägliche Betreuung zwischen mindestens 4 und höchstens 8 Stunden beträgt. Bei einer acht Stunden überschreitenden Betreuungsdauer ist ein Kostenbeitrag für die Zeit ab Vollendung der achten Stunde zu zahlen.
- (13) Der Kostenbeitrag kann auf Antrag des Kostenpflichtigen gern. § 90 Abs. 3 SGB VIII ganz oder teilweise erlassen werden, wenn die Belastung den Personensorgeberechtigten nicht zugemutet werden kann.
- (14) Beziehen die Personensorgeberechtigten, bei dem das Kind lebt, Leistungen zur Sicherstellung des Lebensunterhalts nach dem zweiten Sozialgesetzbuch (SGB II), nach dem Zwölften Sozialgesetzbuch (SGB XII), nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) oder den Kinderzuschlag nach § 6a Bundeskindergeldgesetz, so sind sie für die nachgewiesene Dauer des Bezugs dieser Leistungen von der Verpflichtung zur Entrichtung eines Kostenbeitrages befreit.
- (15) Über die Höhe des Kostenbeitrages ergeht ein schriftlicher Bescheid. Der Kostenbeitrag wird jeweils zum 10. eines Monats fällig, sofern im Kostenbeitragsbescheid nicht eine andere Regelung getroffen wird. Nachzahlungen von bereits fälligen Kostenbeiträgen sind innerhalb eines Monats nach Erhalt des Kostenbeitragsbescheides zu leisten.
- (16) Die Verpflichtung zur Entrichtung eines Kostenbeitrages besteht auch, wenn das Kind die Tagespflegestelle über einen zusammenhängenden Zeitraum von bis zu vier Wochen nicht in Anspruch nimmt, sowie für die 20 Ausfalltage der Tagespflegeperson und für die zusätzlichen Ausfalltage der Tagespflegeperson bei Erfüllung der erforderlichen Fortbildungsstunden.
- (17) Rückständige Beiträge können im Verwaltungsverfahren beigetrieben werden. Kommt der Beitragsschuldner seiner Zahlungspflicht schuldhaft an 2 aufeinander folgenden Monaten nicht nach, kann die Förderung der Kindertagespflege eingestellt werden.

(18) Für die Fortzahlung des Kostenbeitrags der Eltern und der laufenden Geldleistung an die Tagespflegeperson im Falle einer Kündigung des Betreuungsvertrags gelten grundsätzlich die gesetzlichen Kündigungsfristen, spätestens am 15. eines Monats für den Schluss des Kalendermonats; es sei den die Personensorgeberechtigten, die Tagespflegeperson und der Landkreis vereinbaren etwas anderes.

§9 Mitteilungspflicht über wesentliche Veränderungen in den persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen

Die Personensorgeberechtigten als Kostenbeitragspflichtige sind verpflichtet, wesentliche Veränderungen in den persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen unverzüglich mitzuteilen.

- (1) Wesentliche Veränderungen liegen u.a. vor, wenn
- sich die Wohnanschrift verändert;
 - sich der notwendige Betreuungsumfang ändert;
 - sich der Anspruch auf Leistungen nach § 8 (9) dieser Satzung ändert;
 - sich die Anzahl der mit dem Kind in einem gemeinsamen Haushalt lebenden Personen ändert (z.B. durch Wegzug von Personensorgeberechtigten, Geburt von Geschwistern)
 - sich die Einkünfte verändern, welche der Festlegung des pauschalierten Kostenbeitrages zugrunde liegen.

Eine Erhöhung des notwendigen Betreuungsumfanges kann regelmäßig erst ab dem Monat der Bekanntgabe der Erhöhung berücksichtigt werden. Bei Verringerung des Betreuungsumfanges ist der Zeitpunkt der Verringerung maßgeblich. Eine Neufestsetzung des Kostenbeitrages wegen Erhöhung der Einkünfte erfolgt regelmäßig ab dem Zeitpunkt der wesentlichen Veränderung.

- (2) Gesetzliche Mitteilungspflichten bleiben unberührt.

§ 10 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01.08.2020 in Kraft. Gleichzeitig wird die Satzung vom 01.01.2019 außer Kraft gesetzt.

Göttingen, den 20.02.2020

LANDKREIS GÖTTINGEN
Der Landrat

gez. Bernhard Reuter

Bernhard Reuter

Kostenbeitragstabelle für Kindertagespflegeverhältnisse im Landkreis Göttingen ab 01.08.2020 / 01.08.2021								
Stufenwechsel jew. 300,- €	2 Personen	3 Personen	4 Personen	5 Personen	6 Personen	7 Personen	KOB/ Std. 2020	KOB/ Std. 2021
Stufe 1 Grundbetrag, Familienzuschlag und Kosten der Unterkunft nach § 85 SGB XII	0 € - 1.379 €	0 € - 1.748 €	0 € - 2.120 €	0 € - 2.492 €	0 € - 2.860 €	0 € - 3.228 €	- €	- €
Stufe 2 Grundbetrag, Familienzuschlag und Kosten der Unterkunft nach § 85 SGB XII zzgl. bis zu 300,- €	1.380 € - 1.679 €	1.749 € - 2.048 €	2.121 € - 2.420 €	2.493 € - 2.792 €	2.861 € - 3.160 €	3.229 € - 3.528 €	0,30 €	0,40 €
Stufe 3 Grundbetrag, Familienzuschlag und Kosten der Unterkunft nach § 85 SGB XII zzgl. bis zu 600,- €	1.680 € - 1.979 €	2.049 € - 2.348 €	2.421 € - 2.720 €	2.793 € - 3.092 €	3.161 € - 3.460 €	3.529 € - 3.828 €	0,70 €	0,80 €
Stufe 4 Grundbetrag, Familienzuschlag und Kosten der Unterkunft nach § 85 SGB XII zzgl. bis zu 900,- €	1.980 € - 2.279 €	2.349 € - 2.648 €	2.721 € - 3.020 €	3.093 € - 3.392 €	3.461 € - 3.760 €	3.829 € - 4.128 €	1,20 €	1,20 €
Stufe 5 Grundbetrag, Familienzuschlag und Kosten der Unterkunft nach § 85 SGB XII zzgl. bis zu 1.200,- €	2.280 € - 2.579 €	2.649 € - 2.948 €	3.021 € - 3.320 €	3.393 € - 3.692 €	3.761 € - 4.060 €	4.129 € - 4.428 €	1,60 €	1,60 €
Stufe 6 Grundbetrag, Familienzuschlag und Kosten der Unterkunft nach § 85 SGB XII zzgl. bis zu 1.500,- €	2.580 € - 2.879 €	2.949 € - 3.248 €	3.321 € - 3.620 €	3.693 € - 3.992 €	4.061 € - 4.360 €	4.429 € - 4.728 €	2,20 €	2,20 €
Stufe 7 Grundbetrag, Familienzuschlag und Kosten der Unterkunft nach § 85 SGB XII zzgl. 1.501 € und mehr	ab 2.880 €	ab 3.249 €	ab 3.621 €	ab 3.993 €	ab 4.361 €	ab 4.729 €	2,40 €	2,40 €

F:\Planung und Steuerung\Jugendhilfeausschuss\Jugendhilfeausschuss\18. Sitzung des JHA 09.01.2020\TOP 5 Kindertagespflege\TOP 5.2 Satzungsänderung\Amtsblatt\09_01_2020 Haushalt KTP 2021
Berechnungstabellen.xlsx

Satzung
über die Verringerung der Zahl
der zu wählenden Abgeordneten
der Gemeinde Friedland
für die Wahlperiode vom 01.11.2021 bis 31.10.2026

Aufgrund der §§ 10 und 46 Abs. 4 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes in der Fassung vom 17. Dezember 2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 24.10.2019 (Nds. GVBl. S. 309) hat der Rat der Gemeinde Friedland in seiner Sitzung am 11.12.2019 folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Für die Wahlperiode vom 01.11.2021 bis 31.10.2026 wird die Zahl der gem. § 46 Abs. 1 NKomVG zu wählenden Ratsfrauen und Ratsherren für den Rat der Gemeinde Friedland um

6 (sechs)

verringert.

§ 2

Die Satzung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Friedland, 10.02.2020

gez. Friedrichs

(Friedrichs)
Bürgermeister

**Haushaltssatzung und Bekanntmachung
der Haushaltssatzung der Gemeinde Hattorf am Harz
für das Haushaltsjahr 2020**

I. Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2020

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2020 wird

1. im Ergebnishaushalt mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

1.1 der ordentlichen Erträge auf	3.580.900 €
1.2 der ordentlichen Aufwendungen auf	3.375.300 €
1.3 der außerordentlichen Erträge auf	60.000 €
1.4 der außerordentlichen Aufwendungen auf	0 €

2. im Finanzhaushalt mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

2.1 der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	3.483.400 €
2.2 der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	3.150.700 €
2.3 der Einzahlungen für Investitionstätigkeit	193.000 €
2.4 der Auszahlungen für Investitionstätigkeit	927.500 €
2.5 der Einzahlungen für Finanzierungstätigkeit	0 €
2.6 der Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit	54.500 €

festgesetzt.

§ 2

KREDITERMÄCHTIGUNG

Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen werden nicht veranschlagt.

§ 3

VERPFLICHTUNGSERMÄCHTIGUNGEN

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird auf 240.000,00 € festgesetzt.

§ 4

LIQUIDITÄTSKREDITE

Liquiditätskredite werden nicht beansprucht.

§ 5

STEUERSÄTZE

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern werden für das Haushaltsjahr wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer

1.1 für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf	390 v.H.
1.2 für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf	390 v.H.

2. Gewerbesteuer auf	380 v.H.
----------------------	----------

Hattorf am Harz, den 28.01.2020

gez.

Barke

Stellv. Gemeindedirektor

II. Bekanntmachung der Haushaltssatzung 2020

- 2.1** Die vorstehende Haushaltssatzung für die Gemeinde Hattorf am Harz für das Haushaltsjahr 2020 wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.
- 2.2** Eine Genehmigung der Haushaltssatzung durch die Aufsichtsbehörde ist nicht erforderlich.
- 2.3** Der Haushaltsplan liegt gem. § 114 Abs. 2 Satz 3 NKomVG in der Zeit **vom 04.03.2020 bis 12.03.2020** im Rathaus der Samtgemeinde Hattorf am Harz, Otto-Escher-Straße 12, 37197 Hattorf am Harz, zu folgenden Öffnungszeiten:

Wochentag	Vormittags	Nachmittags
Montag	8:30 Uhr bis 12:30 Uhr	geschlossen
Dienstag	8:30 Uhr bis 12:30 Uhr	14:00 Uhr bis 15.30 Uhr
Mittwoch	8:30 Uhr bis 12:30 Uhr	geschlossen
Donnerstag	8:30 Uhr bis 12:30 Uhr	14:00 Uhr bis 17:00 Uhr
Freitag	8:30 Uhr bis 12:30 Uhr	geschlossen

zur Einsichtnahme öffentlich aus.

Hattorf am Harz, den 24.02.2020

gez.
Barke
Stellv. Gemeindedirektor

Sitzung des Orsrates Pöhle

Am Montag, den 02.03.2020, findet um 18:00 Uhr, im Gemeindesaal der Kirchengemeinde Pöhle, Pfalzstraße 2, Herzberg am Harz, eine öffentliche Sitzung statt.

Es werden folgende Tagesordnungspunkte behandelt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Orsrates Pöhle (Nr. 06) vom 17.09.2019
4. Bericht zur Niederschrift
5. Bericht des Ortsbürgermeisters
6. Mitteilungen der Verwaltung
7. Straßenbenennung im Baugebiet nördlich der Ludwig-Richter-Straße
8. Erlass einer Ergänzungssatzung gem. § 34 Abs. 4 Nr. 1 i.V.m. Nr. 3 Baugesetzbuch (BauGB) über die Einbeziehung von Außenbereichsflächen in den im Zusammenhang bebauten Ortsteil in der Ortschaft Pöhle
9. Anregungen und Anfragen
(Anfragen sollen gemäß § 16 der Geschäftsordnung 3 Werktage vor der Sitzung schriftlich beim Bürgermeister eingereicht sein.)
10. Einwohnerfragestunde
(Dauert die Sitzung länger als eine Stunde, wird sie nach ca. einer Stunde zwischen zwei Tagesordnungspunkten für eine zusätzliche Einwohnerfragestunde unterbrochen.)

gez. Kai-Uwe Große
Ortsbürgermeister

Beglaubigt:

gez. Lutz Peters
Bürgermeister

BEKANNTMACHUNG

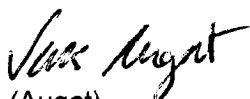
über einen Sitzübergang im Rat der Stadt Osterode am Harz

Herr Albert Schicketanz, der bei der Kommunalwahl am 11. September 2016 zum Mitglied des Rates der Stadt Osterode am Harz gewählt wurde, ist verstorben. Der Sitz geht gemäß § 44 Abs. 1 des Niedersächsischen Kommunalwahlgesetzes (NKWG) in der zurzeit gültigen Fassung und nach der vom Wahlausschuss gemäß § 38 Abs. 3 NKWG festgestellten Reihenfolge, auf folgende Ersatzperson der Bewerberwahl des Wahlvorschlages der Partei Christlich Demokratische Union Deutschlands in Niedersachsen (CDU) über:

Herr
Hans Joachim Huber
Oberdorf 5
37520 Osterode am Harz

Osterode am Harz, 24.02.2020

Der Stadtwahlleiter


(Augat)

BEKANNTMACHUNG

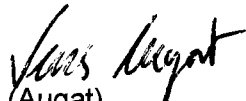
über einen Sitzübergang im Rat der Stadt Osterode am Harz

Herr Wolfgang Dervedde, der bei der Kommunalwahl am 11. September 2016 zum Mitglied des Rates der Stadt Osterode am Harz gewählt wurde, hat sein Mandat niedergelegt. Der Sitz geht gemäß § 44 Abs. 1 des Niedersächsischen Kommunalwahlgesetzes (NKWG) in der zurzeit gültigen Fassung und nach der vom Wahlausschuss gemäß § 38 Abs. 3 NKWG festgestellten Reihenfolge, auf folgende Ersatzperson der Bewerberwahl des Wahlvorschlages der Partei Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) über:

Herr
Marko von Einem
Wulftener Straße 26
37520 Osterode am Harz

Osterode am Harz, 24.02.2020

Der Stadtwahlleiter


(Augat)

Der vorgenannte Bebauungsplan einschl. Begründung wird vom Tage dieser Bekanntmachung an im Fachbereich Bürgerservice, öffentliche Ordnung und Bauen der Gemeinde Rosdorf, Lange Str. 12, 37124 Rosdorf, Zimmer 3 während der Öffnungszeiten zu jedermanns Einsicht bereit gehalten. Auf Verlangen wird Auskunft über den Planinhalt gegeben.

Gemäß § 215 Abs. 2 BauGB weise ich darauf hin, dass eine Verletzung der in § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften und eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes unbeachtlich ist, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde Rosdorf geltend gemacht worden ist.

Ebenso sind nach § 215 Abs. 1 BauGB Mängel in der Abwägung (§ 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB) unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung der Satzung schriftlich gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden sind. Der Sachverhalt, der die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften oder den Mangel der Abwägung begründen soll, ist darzulegen. Dies gilt entsprechend, wenn Fehler nach § 214 Abs. 2a beachtlich sind.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB über die Entschädigung von durch den Bebauungsplan eintretenden Vermögensnachteilen sowie über die Fälligkeit und das Erlöschen entsprechender Entschädigungsansprüche wird hingewiesen.

Der Bürgermeister

gez. Steinberg

IV. Nachtrag

zur Satzung über Aufwandsentschädigungen, Sitzungsgelder und Ersatz von Auslagen sowie Verdienstaufschlag für die Ratsfrauen und Ratsherren, Mitglieder der Ortsräte, Personen im Ehrenbeamtenverhältnis und sonst ehrenamtlich Tätige der Gemeinde Rosdorf (Aufwandsentschädigungssatzung)

Aufgrund des § 10 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes vom 17.10.2010 (Niedersächsisches Gesetz und Verordnungsblatt (Nds. GVBl.) Seite 576), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 24.10.2019 (Nds. GVBl. S. 309) hat der Rat der Gemeinde Rosdorf in seiner Sitzung am 14.02.2020 folgenden IV. Nachtrag zur Aufwandsentschädigungssatzung beschlossen:

Artikel I

§ 9 Abs. 1 Buchstabe s) erhält folgende Fassung:

„s) die Gemeindefunkbeauftragte oder der Gemeindefunkbeauftragte 50,00 €“

Artikel II Inkrafttreten

Dieser Nachtrag tritt zum 01.04.2020 in Kraft.

Rosdorf, den 14.02.2020

gez. Steinberg
Bürgermeister

Bekanntmachung

des Unterhaltungsverbandes Bode / Zorge
über die Schau der Gewässer zweiter Ordnung

Der Unterhaltungsverband Bode / Zorge führt am

Montag, den 20.04.2020 und Dienstag, den 21.04.2020

eine Verbandsschau durch.

Es werden folgende Gewässer zweiter Ordnung geschaut:

Steinaer Bach, Ichte, Uffe, Wieda, Bode, Brunnenbach und Zorge

Treffpunkte der Verbandsschau:

Steinaer Bach und Ichte	20.04.2020, 09:00 Uhr	Steina Glasmuseum
Uffe	20.04.2020, 11:00 Uhr	Bad Sachsa Kurhaus
Wieda in Walkenried	20.04.2020, 14:00 Uhr	Walkenried Parkplatz Ellricher Straße
Bode und Brunnenbach	21.04.2020, 08:30 Uhr	Braunlage Großparkplatz
Zorge	21.04.2020, 11:00 Uhr	Zorge Parkplatz am ehem. „Braunschweiger Hof“
Wieda	21.04.2020, 14:00 Uhr	Wieda nördlicher Ortseingang

Walkenried, 19.02.2020

Der Verbandsvorsteher

gez. Helmker